

Die Nordatlantische Allianz – Gerüstet für ihr siebtes Jahrzehnt? Berliner Colloquium 2009 der Clausewitz- Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik



General Carl von Clausewitz
1780–1831

Werner Baach/
Wolfgang Fett

Am 3. und 4. April 2009 feierte die NATO mit einem Treffen der Staats- und Regierungschefs den 60. Gründungstag der Nordatlantischen Allianz. Im Vorfeld befasste sich das Berliner Colloquium 2009 der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik vom 24. bis 26. März mit den wesentlichen aktuellen und Zukunftsfragen der Entwicklung des Bündnisses. Die Präsidenten der beiden Organisationen, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen und Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, begrüßten zu der international hochrangig besetzten Veranstaltung über 300 Mitglieder und Gäste.

Das mächtigste Bündnis an eine völlig veränderte Welt anpassen

Einleitend sprach General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des Militärausschusses der NATO über das Thema »Die Nordatlantische Allianz,

ein Bündnis mit Zukunft oder »quantité négligeable«? Durch den Vortrag zog sich immer wieder der Appell an Deutschland, sich seiner Verpflichtung gegenüber dem Bündnis bewusst zu sein: »Es war der Wille der Deutschen, sich den Widrigkeiten zu stellen, Widerstand zu überwinden, anzupacken und den Risiken zu trotzen, nicht aber ihnen als Trittbrettfahrer auszuweichen. Das ist das Vermächtnis der alten Bundesrepublik [...] Wir sind im mächtigsten Bündnis dieser Welt gut aufgehoben, wir müssen es allerdings an eine völlig veränderte Welt anpassen und es stärken, aber wir können damit Frieden schaffen. Das sollte unsere Verpflichtung gegenüber der im April sechzig Jahre alt werdenden NATO sein, der wir Deutsche mehr zu verdanken haben als jede andere Nation der NATO, nämlich die längste Friedensperiode unserer Geschichte.«

Die Aufgaben der NATO seien auch nach sechzig Jahren unverändert: Sie müsse das Bündnisgebiet kollektiv verteidigen können; sie sei das Forum für transatlantische Konsultation in Krisen aller Art und sie trage dazu bei, dass Streitigkeiten unter Bündnispartnern nicht außer Kontrolle gerieten. In den sechzig Jahren hätten Deutschland und Europa in der Allianz vor allem Nutzen aus der amerikanischen Bereitschaft gezogen, Europa als Teil amerikanischer Sicherheit zu sehen und den Schutzschirm der »erweiterten« nuklearen Abschreckung über Europa aufzuspannen. Im Kalten Krieg hätten vor allem die USA Krieg in Europa verhindert, und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion habe es den friedlichen Übergang in ein Europa ohne Konfrontation organisiert. Eine neue Phase der Entwicklung der NATO habe nach den Anschlägen vom 9. September 2001 begonnen, als die USA den Krieg gegen den Terrorismus aufgenommen hätten. Dabei sei insbesondere über dem Irak-Krieg die »Pax Americana« in Europa zerbrochen, ein Schaden, von dem sich das Bündnis bis heute nicht völlig erholt habe.

Europa sei auch heute nicht in der Lage, seine Sicherheit in die eigenen Hände zu nehmen. Das rühre daher, dass die meisten Probleme »globaler Natur sind



General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann bei seinem Vortrag.

Foto: Irina Lück/Ldl StoKdo Berlin

und Europa weder heute noch in der vorhersehbaren Zukunft im ganzen Spektrum der Politik global handeln kann«. Zum anderen habe man sich viel zu sehr daran gewöhnt, dass die USA noch immer für die Sicherheit Europas zu sorgen hätten. Als Folge davon sei die Wahrnehmung von Gefahren in Europa kaum ausgeprägt; dementsprechend fehlten viele der zum Schutz nötigen politischen und militärischen Fähigkeiten und vielerorts leider auch der Wille, dies zu ändern

Im unruhigen 21. Jahrhundert gehört die Zukunft den internationalen Organisationen

Die brennendsten aktuellen Krisen- und Konfliktherde seien die des Nahen und erweiterten Mittleren Ostens, der »Schlüsselzone der Weltpolitik der näheren Zukunft«. Keine der dort anstehenden Fragen dürfe isoliert gesehen werden und keine scheine auf den ersten Blick ohne das Engagement der USA lösbar. Vor allem die Iran-Krise könne zur globalen Krise werden. Gelingen es nicht, Iran an der Schwelle zur »virtuellen« Atommacht wenigstens »einzufrieren«, dann könnte die relativ stabile Welt des Atomwaffensperrvertrags zu Ende gehen, denn die Folge des iranischen Griffs zur Bombe könnte die nukleare Bewaffnung von Staaten wie Saudi-Arabien, Syrien und Ägypten, vielleicht auch der Türkei sein. Eine höchst instabile Welt entstünde, in der man auch den Einsatz von Nuklearwaffen durch einen der dann möglicherweise vielen neuen Nuklearwaffenstaaten nicht mehr völlig ausschließen könnte. Weder Europa noch die NATO allein könnten etwas bewirken, nur die USA zählten in dieser Frage.

In Afghanistan müsse die derzeit gültige Strategie, aufbauend auf den bisherigen, unbestreitbaren Erfolgen, überprüft und zu einer mit einer »counterinsurgency strategy« verknüpften Aufbaustrategie entwickelt werden. Ziel müsse es sein, eine afghanische – vermutlich dezentrale – Ordnung zu suchen, die afghanischen Regionen und die Sicherheitsorgane zu stärken und in internationaler Kooperation den kriminellen Teufelskreis aus Drogenhandel, Korruption und Bewaffnung der Warlords zu durchbrechen. Nur dann könnte das Umfeld entstehen, in dem die Sicherheit Schritt für Schritt in die Verantwortung der Afghanen gelegt und gleichzeitig der Wiederaufbau des Landes vorangebracht werde. Dies könne nur im engen Zusammenwirken der internationalen Gemeinschaft erfolgreich sein. Der NATO falle dabei eine wichtige Teilaufgabe zu: »Sie muss die Sicherheit schaffen, die den Wiederaufbau des in dreißig Jahren Krieg zerrütteten Landes erlaubt ...«

Die Probleme im Verhältnis der NATO zu Russland seien »psychologischer Natur«: Das Russland Putins handele (derzeit) aus einem Gefühl gedemütigten Stolzes. Es möchte »Nummer Zwei auf der Welt« sein. Russlands politische Führer glaubten deshalb, »aus einer Position der Stärke handeln zu müssen, die sie aber gar nicht haben, denn in Wirklichkeit ist Russland eher schwach«. Bei der Gestaltung des Verhältnisses zu Russland dürfe man deshalb einem schwachen Gegner nicht von ihm subjektiv als Demütigung empfundene einseitige Entscheidungen zumuten, sondern man müsse ihm »durch eine gemeinsame Vision eine helfende Hand geben«. Dabei spiele die NATO eine entscheidende Rolle: »Denn nur wenn die durch sie garan-

tierte Bereitschaft der USA, weiterhin der Garant europäischer Sicherheit zu sein, Bestand hat, wird man die jungen Demokratien Europas gewinnen können, diesen Weg mit zu gehen, der nicht frei von Rückschlägen sein kann. Die NATO ist somit nicht nur Garant europäischer Sicherheit, sondern sie ermöglicht eine Kooperation mit Russland ohne Angst vor Russland.«

Als derzeit größtes aktuelles Sicherheitsproblem sieht der Vortragende die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Staatenwelt: Sie könne »die Stabilität unserer Staaten von innen zerstören«.

Langfristig seien demografische Verschiebungen, Verknappung überlebenswichtiger Ressourcen und Klimawandel seien die drei größten Krisen- und Konfliktpotenziale. Hinzu komme die Zunahme von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Wanderungsbewegungen als Folge von Armut, Bevölkerungswachstum oder Klimawandel, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Gefahr von Pandemien. Das 21. Jahrhundert werde wegen dieser Entwicklungen »ein unruhiges Jahrhundert« werden, in dem es neben dem bekannten Krieg zwischen Staaten auch neue Formen der Gewalt wie »Cyberwar« und den Kampf transnationaler Kräfte gegen Staaten geben werde. Die Staatenwelt werde auf der Suche nach einer neuen Ordnung nur sehr langsam begreifen, dass kein Staat der Welt, auch nicht der Mächtigste, auf sich allein gestellt seine Menschen schützen könne. Die Zukunft werde deshalb den internationalen Organisationen gehören, aber die Mächtigen dieser Welt täten sich schwer, dort Schwächeren Einfluss zu geben. Aber auch die Schwachen täten sich schwer, denn sie müssten Teile ihrer Souveränität abgeben, »einer Souveränität, die sie zum Teil in jahrzehntelangen Konflikten erkämpft haben.«

Die NATO auf der Suche nach einer Grand Strategy

Für Europa verlange die globale Natur der Gefahren einen globalen Partner. Der einzige global handlungsfähige Partner Europas aber seien die in der NATO mit Europa verbundenen USA. Das Bündnis werde dadurch zur Grundlage und zum Ausgangspunkt der Weiterentwicklung transatlantischer Sicherheit. Es brauche dazu aber mehr als »die bislang übliche, stark militärisch ausgerichtete Strategie«.; Es brauche eine Grand Strategy, in der alle Instrumente der Krisenbewältigung, vor allem auch nicht-militärische, und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, insbesondere der EU, auf das Ziel ausgerichtet würden, bewaffnete Konflikte zu verhindern. Bei Umsetzung dieser Strategie und der Schaffung der entsprechenden Fähigkeiten entstünden ein starkes

Europa und ein stärkeres Nordamerika, die in allen Feldern der Politik fähig seien, auch global agieren zu können. Zu diesem Ziel müsse eine grundlegende Reform der NATO eingeleitet werden. Der NATO-Gipfel, so Naumann weiter, sollte »die Vision eines Bündnisses der Staaten Europas und Nordamerikas formulieren, die von gleichen Werten und Überzeugungen ausgehend bereit sind, sich gemeinsam gegen alle Formen von Gefahr zu schützen, ohne irgendjemandem ihr Modell aufzuzwingen oder ihre Region ausweiten zu wollen, die Kooperation mit anderen Staaten und Regionen suchen und die gemeinsam und mit ihren Partnern daran arbeiten, die Zone gemeinsamen Schutzes von Finnland nach Alaska zur Grundlage für eine mit Russland zu gestaltende Zone gemeinsamer Sicherheit von Vancouver nach Wladiwostok zu machen«. Eine solche Zusammenarbeit wäre die Basis für die Bewältigung der globalen Fragen unserer Zeit.

Neue pragmatische Politik der USA wird Forderungen an Europa stellen

In einer ersten Panel-Runde zum Thema »Politische Strategie – Voraussetzung für militärische und andere Fähigkeiten einer wirksamen Allianz« bestärkten internationale NATO-Experten (Dr. Henning Riecke, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik; Camille Grand, Fondation pour la Recherche Stratégique, Paris; David Gompert, Rand Corporation; Michael Rühle, NATO-Hauptquartier; Professor Dr. Johannes Varwick, Christian-Albrechts-Universität, Kiel) die von General a.D. Naumann entwickelten Gedanken in den wesentlichen Punkten. Die NATO müsse den Blick nach vorn richten, zu »neuer Einigkeit« finden und die Bündnissolidarität wieder herstellen. Unstrittig war die Auffassung der Panel-Teilnehmer, dass die Allianz zur Bewältigung der veränderten Herausforderungen ein neues strategisches Konzept benötige. Dazu müssten neue Fähigkeiten (civilian capabilities), die über die rein militärischen hinausgingen, aufgebaut werden. Das erfordere aber auch, so Michael Rühle, dass die Mitgliedstaaten durch »einen neuen Gesellschaftsvertrag mit ihrer Bevölkerung« die notwendige Akzeptanz der Weiterentwicklung des Bündnisses sicherstelle. Die Panel-Runde war sich darin einig, dass auch die verstärkte Kooperation mit anderen Organisationen, Regionen und Staaten (UN, EU, Russland, asiatischer Raum) erforderlich sei; nur dann könne eine solide Basis für die umfassende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der globalen Risiken und Herausforderungen geschaffen werden.

In den USA sei mit Beginn der Präsidentschaft von Barack Obama ein fundamen-



Der Präsident der BAKS, Kersten Lahl (li.), und der Clausewitz-Gesellschaft, Dr. Klaus Olshausen (re.), im Gespräch mit Ministerialdirektor Dr. Christoph Heusgen, Bundeskanzleramt. Foto: Frank Gaebel/BAKS

taler Wandel hin zu einem neuen Pragmatismus eingeleitet worden. Angesichts der starken Belastung Amerikas durch seine inneren (wirtschaftlichen) Probleme müsse sich Europa auf zunehmende Forderungen (»demanding expectations«) bei der zukünftigen Gestaltung der Allianz einstellen. Die Entwicklung eines neuen strategischen Konzepts werde die NATO vor eine »Herkules-Aufgabe« stellen, und eine der Kardinalfragen werde sein, ob die Europäer bereit und in der Lage seien, ein stärkeres Engagement zu übernehmen. Dies sei auch unter dem Aspekt der fairen Risiko-Teilhabe (burden-sharing) eine wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Bündnisses und die fortdauernde Bereitschaft der USA, auch für die Sicherheit in und für Europa einzutreten.

Übereinstimmung bestand auch darin, dass trotz der neuen, anspruchsvolleren politischen Lage – Stichwort: Bündnis im Einsatz – der Artikel 5 des NATO-Vertrags Kern der Bündnisses bleiben müsse. Vom NATO-Gipfel erwarteten die Teilnehmer des Panels Geschlossenheit, Zuversicht und ein starkes Signal, dass das Bündnis die Herausforderungen der Zukunft meistern wolle und werde.

Bundesregierung: ein Konzept der »Vernetzten Sicherheit« für die NATO

Unter der Überschrift: »Deutsche Sicherheitspolitik im 7. Jahrzehnt der Nordatlantischen Allianz« stand der Vortrag von Ministerialdirektor Dr. Christoph Heusgen, Außen- und Sicherheitspolitischer Berater der Bundeskanzlerin. Für die Bundesregierung stehe die Bedeutung der NATO außer Zweifel, so Heusgen. »Die NATO

hat Deutschland in den letzten 60 Jahren Sicherheit gegeben und hat letztlich unserem Land auch die Wiedervereinigung gebracht.« Um gegen die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts gerüstet zu sein, bedürfe es aber eines neuen strategischen Konzepts mit einem umfassenderen Ansatz, dabei müsse der Artikel 5 Kern des NATO-Vertrags bleiben. Da künftige Krisen jedoch nicht mehr mit militärischen Mitteln allein gelöst werden könnten, fordere die Bundesregierung ein Konzept der »Vernetzten Sicherheit«. Neben den militärischen Elementen müssten auch Elemente des zivilen Krisenmanagements, der Politik und der Diplomatie, der inneren Sicherheit sowie der Entwicklungspolitik angemessen berücksichtigt werden. »Vernetzte Sicherheit« bedeute auch, dass die NATO enger mit anderen Institutionen und Akteuren wie der EU, der OSZE und den Vereinten Nationen zusammenarbeiten müsse. Wegen der zunehmenden Bedeutung Afrikas für die Sicherheit Europas müsse aber auch die Kooperation mit der Afrikanischen Union intensiviert werden. Dies sei ein ganz besonderes Anliegen der Bundeskanzlerin.

Ausführlich ging Heusgen auch auf das Verhältnis der NATO zu Russland ein. Er forderte, dass der NATO-Russland-Rat zunächst wiederbelebt werden müsse, die Debatte müsse jedoch offener und ehrlicher geführt werden als in der Vergangenheit. Bei den Themen Abrüstung und Rüstungskontrolle müsse Russland Gelegenheit erhalten, eigene Vorstellungen zu einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur, wie sie Präsident Medwedew gemacht hatte, zu präzisieren. Bei aller Skepsis müsse diesem Vorschlag eine faire Chance eingeräumt werden. »Nur mit Russland

kann Deutschland seine Energieversorgung sichern, und wir brauchen Russland zur Lösung der Fragen im Nahen Osten, aber auch für eine gemeinsame Abrüstungspolitik. Deshalb gibt es zu dem Dialog mit Russland keine Alternative.«

Zur Situation in Afghanistan merkte Heusgen kritisch an: »Wir sind vielleicht etwas zu naiv in diese Operation gegangen. Unsere Vorstellung, in Afghanistan so etwas wie eine ›Westminster-Demokratie‹ zu schaffen, konnte nicht verwirklicht werden«. Realistisch betrachtet gehe es jetzt darum, eine selbst tragende Stabilität in Afghanistan zu schaffen. »Wir müssen die Berücksichtigung der Menschenrechte garantieren, aber wir dürfen den Maßstab nicht zu hoch ansetzen!« Positiv bewertete Heusgen das verstärkte Engagement der Amerikaner. Mit militärischen Mitteln allein sei aber die Krise in Afghanistan nicht zu lösen. Die gemeinsamen Bemühungen könnten nur dann erfolgreich sein, wenn auch die Amerikaner künftig stärker auf das Prinzip der »Vernetzten Sicherheit« setzen würden. Amerika wie auch Europa müssten im zivilen Bereich, wie z.B. in der Polizeiausbildung, noch mehr tun. Die Afghanen müssten die NATO als Partner wahrnehmen können, nicht als Besatzer, sonst sei die Zustimmung der Bevölkerung gefährdet.

Führungsverantwortung und neues Rollenverständnis Amerikas als europäische Macht

Mit der Führungsverantwortung der USA und dem Rollenverständnis der neuen US-Administration befasste sich das zweite Panel des Colloquiums, das mit Experten aus Europa und den USA besetzt war. Zunächst ging Dr. John C. Hulsman auf den Wandel unter der neuen amerikanischen Administration ein. Unter Obama würden die Amerikaner verstärkt auf Diplomatie und Dialog setzen und »mehr zuhören, weniger diktieren«. Auch wenn der Präsident in der gegenwärtigen Situation den Fokus seiner Aktivitäten auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik richte, sehe er Amerika in der Verantwortung zu führen. Obama fordere aber auch eine faire Verteilung der Lasten und Risiken im Bündnis. Dies gelte auch in Afghanistan.

Dr. Karl-Heinz Kamp, Direktor Research Division, NATO Defence College, Rom, widersprach jenen Kritikern, die von einem Niedergang der Weltmacht USA sprächen. Zwar zeige sich Amerika aufgrund der Rezession derzeit geschwächt, die Finanz- und Wirtschaftskrise sei aber vorübergehend und betreffe im Übrigen alle Nationen im ähnlichen Verhältnis. Die USA würden daher ihre weltweit führende Rolle als Wirtschaftsmacht auch in Zukunft behalten. Zur Stärke der USA trügen neben Wirt-

schaft und Militär auch die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Universitäten und die Dominanz der Kommunikationstechnologie bei. »Hollywood und Harvard machen die amerikanische Stärke aus, und die Attraktivität des American Way of Life ist weltweit ungebrochen«, stellte Kamp fest. Bei aller Kritik an Amerika und am Zustand der transatlantischen Beziehungen seien die Perspektiven außerordentlich gut. Die NATO sei heute in einem Zustand, den sich die USA immer schon gewünscht hätten: militärisch leistungsfähig und global einsetzbar.

hätten die USA auch der deutschen Wiedervereinigung vorbehaltlos zustimmen können, während europäische Nationen noch zögerten. »Wir Europäer brauchen Amerika. Es hat die Europäer in der Vergangenheit vor sich selbst geschützt und spielt heute eine positive Rolle für das Gleichgewicht in Europa«, so Reiter. Die Europäische Union sei eine Friedensgemeinschaft, die nach innen wirke, nach außen aber des Schutzes der Allianz bedürfe. Nur im Bündnis mit Amerika könne verhindert werden, dass Europa in Abhängigkeiten gerate.



Zuhörer während des Vortrags von Dr. Christoph Heusgen.

Foto: Irina Lück/Ldl StoKdo Berlin

Dr. Patrick Keller, Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, sieht die größte geostrategische Herausforderung im allmählichen Aufstieg Chinas. Immer dann, wenn in der Geschichte eine aufstrebende Macht ein bestehendes Gleichgewicht gestört habe, habe dies zu Krisen und Kriegen geführt. Diese zu verhindern, halte er für die größte Herausforderung der internationalen Politik. Die Amerikaner seien sich dieser Tatsache bewusst und hätten ihren Fokus weg von Europa hin in den asiatisch-pazifischen Raum verschoben. Wenn Europa in diesem Prozess eine bedeutende Rolle übernehmen wolle, müsse es eine vitale, starke und einige Allianz unter Führung Amerikas wollen.

Einen Blick auf die politische Kultur der NATO richtete Janusz Reiter, der ehemalige polnische Botschafter in Deutschland. Die Art und Weise, wie man in der NATO miteinander umginge und Probleme löse, sei Zeichen einer großartigen politischen Kultur. Darauf könne die NATO stolz sein. Amerika sei stets ein Teil des politischen Europas gewesen, ohne allerdings die Ob-sessionen der Europäer zu teilen. Deshalb

Die zukünftige NATO, ein wichtiger Faktor im Zusammenwirken des Westens mit dem neuen (alten) Russland

Unter diesem Thema analysierten die Vortragenden eines dritten Panels das Verhältnis der Allianz zu Russland. Einen skeptischen Blick auf die Politik Russlands warf der Ständige Vertreter Lettlands bei der NATO, Janis Eichmanis. Aus seiner Sicht sei nicht nur das Verhältnis der baltischen Staaten zu Russland problematisch, sondern auch das der Europäer und der USA. Die Bilder, die man gegenseitig voneinander habe, stimmten nicht überein. Zwar müsse die Sicht Russlands ernst genommen und respektiert werden, der Westen müsse sich jedoch zuerst über die eigenen Interessen und Werte klar werden, bevor man nach Übereinstimmungen mit Russland suchen könne. »Wir brauchen eine intensive Debatte mit Russland, aber auch eine innerhalb der Europäer, wenn wir langfristig gute Beziehungen zu Russland aufbauen wollen. Die Tür zu Russland muss offen gehalten werden, aber unter Berücksichtigung der eigenen Interessen

und ohne Wunschdenken«, so Botschafter Eichmanis.

Auch Ulrich Brandenburg, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO, zeichnete ein kritisches Bild der gegenwärtigen Beziehungen zu Russland, sieht aber auch positive Zeichen. Das Verhältnis zu Russland beschränke sich derzeit auf Symbolik, es fehlten die Substanz und der Wille zur Ehrlichkeit im Umgang miteinander. Die Krise um Georgien sei ein letzter Tropfen gewesen, der das Fass zum Überlaufen gebracht habe. Zwar habe Russland in Georgien militärisch unangemessen reagiert, es sei aber falsch gewesen, dass die NATO im August 2008 die Kommunikation mit Russland verweigert habe. Da die Interessen Russlands und der Europäer zum Teil gleich seien, müsse ein Neuanfang gemacht werden. Dafür sprächen auch positive Beispiele für die Zusammenarbeit mit Russland, zum Beispiel während der Tschad-Mission und bei der Operation ACTIVE ENDEAVOUR. Weiter-

Russland verfolge. Für Mallory haben sowohl der Westen wie auch Russland Interesse an wirtschaftlichem Wachstum. »Der Westen will Zugang zu Rohstoffen, Russland will Zugang zu den Finanzmärkten und zu westlicher Technologie, und gemeinsam haben wir ein Interesse an stabilen Preisen für Energie.« Gemeinsamkeiten sieht Mallory aber auch auf dem Balkan, in Afghanistan, im Kaukasus und in Sibirien, das wegen seines Reichtums an Energie und Rohstoffen zukunftsfähig gemacht und unter Kontrolle bleiben müsse. »Bei aller Skepsis bezüglich der Ziele der russischen Außen- und Sicherheitspolitik hat der Westen letztendlich keine andere Wahl, als mit Russland zusammenzuarbeiten.«

Für Heinrich Schwabecker von der Konrad-Adenauer-Stiftung basiert die derzeitige russische Politik auf drei zentralen Prinzipien: der klassischen Machtpolitik des 19. Jahrhunderts, den Denkmustern des Kalten Krieges und der politischen Theorie des Realismus. Unter Politik wer-

Um diese fünf Punkte zu erreichen, versuche Russland, ein neues sicherheitspolitisches Konzept durchzusetzen, das einen starken anti-NATO und anti-westlichen Charakter habe. Die Leitidee dazu habe Präsident Medwedew formuliert: »Im Verlauf der Erarbeitung des Sicherheitsvertrags muss bewertet werden, inwieweit irgendwann geschaffene Strukturen noch angebracht sind.« Nach Schwabecker ginge es Medwedew dabei ausschließlich um die Existenz und um die Substanz der NATO.

Es herrsche unter den Eliten Russlands darüber Konsens, dass der Westen sich ein schwaches Russland wünsche. Um das zu erreichen, versuche er, die NATO nach Osten zu erweitern und mische sich gleichzeitig in die inneren Angelegenheiten Russlands ein, z.B. durch die Unterstützung oppositioneller Kräfte. Die Politik des Westens sei jedoch durch Doppelmoral gekennzeichnet. Begriffe wie Freiheit, Demokratie, Werte und Normen würden vom Westen als Mittel zum Zweck eingesetzt, Russland zu schwächen. Weil der Westen versagt habe und keine Lösungen für die aktuellen internationalen Konflikte anbieten könne, müsse Russland eine intellektuelle Führungsrolle in den internationalen Beziehungen übernehmen. Die russische Sicherheitspolitik könne nicht losgelöst von der Innen- und Wirtschaftspolitik betrachtet werden, insbesondere die wirtschaftliche Situation in Russland habe direkte Auswirkungen auf die Außenpolitik. Diese sei in erster Linie auf die Interessen des eigenen Staates ausgerichtet und äußerst pragmatisch. Werte und Normen spielten keine große Rolle. Russland werde deshalb nur auf jenen Feldern mit dem Westen kooperieren, wo es eigene Interessen verfolgen könne.



Teilnehmer des Panels zum Thema: »Zusammenarbeit des Westens mit dem neuen (alten) Russland«.

Foto: Irina Lück/LdlStoKdo Berlin

re Felder gemeinsamer Interessen lägen in Afghanistan, z.B. in der Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung und der Ausrüstung der afghanischen Armee. Die Neubewertung des Verhältnisses zu Russland durch die neue amerikanische Administration sei ein hoffnungsvolles Signal und eine große Chance. »Hoffentlich gibt es darauf eine positive Reaktion Russlands«, schloss Brandenburg.

Charles King Mallory vom Aspen Institute sieht die Politik Russlands immer noch im 19. Jahrhundert verhaftet. Russland denke immer noch in den Kategorien des »Null-Summen-Spiels«: Was den Gegnern Russlands schadet, nützt Russland und umgekehrt. Um Fortschritte in den Beziehungen zu erzielen, müsse zunächst der Westen definieren, was seine eigenen Interessen und Visionen seien und welche Interessen

de ein Machtkampf politischer, wirtschaftlicher und geistiger Natur verstanden. Russland verfolge derzeit fünf ganz konkrete politische Ziele:

1. Russland fühle sich wieder als Weltmacht und wolle als solche auch von außen verstanden werden.
2. Russland strebe eine multipolare Welt an und möchte ein Gegenpol auf gleicher Augenhöhe zu den USA sein.
3. Russland erwarte vom Westen, dass der postsowjetische Raum als Einflusszone Russlands respektiert werde. Deshalb wolle Russland auch die Osterweiterung der NATO stoppen und das Raketenprogramm in Osteuropa verhindern.
4. Russland wolle weiter als zentraler zuverlässiger Energielieferant Europas gelten und
5. Russland wolle die Spielregeln in Osteuropa und im postsowjetischen Raum ändern.

Zur Lage der Bundeswehr und zum militärischen Beitrag zur Allianz bis 2020

Unter dieser Überschrift trug der Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr, Generalleutnant Johann-Georg Dora, zunächst über einige aktuelle Aspekte der Entwicklung der Bundeswehr, insbesondere im Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen vor. Deutschland sei mit derzeit insgesamt fast 7.500 Soldaten einer der größten Truppensteller bei Auslandseinsätzen. Mit Blick auf den Afghanistaneseinsatz stellte er fest, die Lage dort dürfe nicht beschönigt werden. Hinsichtlich des deutschen Engagements bestehe unverändert ein »hoher Erwartungsdruck«, sowohl in Afghanistan als auch in der NATO. Mit der Erhöhung der Mandatsobergrenze auf 4.500 Soldaten habe Deutschland aber wieder mehr militärische Flexibilität gewonnen – Flexibilität, die es erlaube, auch in Zukunft handlungsfähig zu

bleiben und dort Kräfte zu verstärken, wo das wegen der Sicherheitslage, der anstehenden Wahlen oder notwendiger Spezialfähigkeiten geboten sei. General Dora bekräftigte die Konzentration der deutschen Kräfte auf den Norden des Landes. Afghanistan insgesamt könne langfristig nur durch die konsequente Verknüpfung von militärischem und zivilem Einsatz im Sinne eines »Comprehensive Approach« stabilisiert werden (»Es gibt keine Sicherheit ohne Wiederaufbau und umgekehrt«). Alle zivilen und militärischen Instrumente der internationalen Gemeinschaft müssten zu diesem Zweck koordiniert und ganzheitlich eingesetzt werden. Die NATO steuere ihren Anteil bei, sei aber ein Akteur unter vielen.

Zur Weiterentwicklung der NATO selbst und der Rolle Deutschlands im Bündnis stellte General Dora vor dem Hintergrund der bestehenden Herausforderungen fest, dass eine kontinuierliche Weiterentwicklung der militärischen Fähigkeiten der NATO ohne Alternative sei, vor allem auch deshalb, weil die NATO insgesamt eine größere Vielfalt an Fähigkeitsforderungen abdecke, als die meisten Mitgliedstaaten individuell in der Lage wären bereitzustellen. Die Weiterentwicklung richte sich insbesondere auf die »schnelle, aber auch durchhaltefähige Reaktion über weite Entfernungen«. Das zur Diskussion stehende neue strategische Konzept müsse in erster Linie den inneren Konsens der Mitgliedsländer stärken. Auch müsse eine Debatte über die zukünftige strategische Ausrichtung der Allianz geführt werden, »eine ehrliche Aufgabendiskussion – jenseits der Erweiterungsdebatten, die uns in den letzten Monaten so intensiv beschäftigt haben«. Die Kernfunktion der Allianz, die kollektive Verteidigung gemäß Artikel 5, müsse »in der richtigen Balance zu den Aufgaben der Krisenbewältigung und des Stabilitätstransfers« erhalten werden. Bei der Weiterentwicklung müsse der »Comprehensive Approach« aus deutscher Sicht ein zentrales Element für die NATO der Zukunft sein. Man könne nicht auf der einen Seite »Vernetzte Sicherheit« fordern und anschließend die NATO als rein militärisches Bündnis begreifen. Die NATO habe, so General Dora zum Schluss, auch im 21. Jahrhundert nichts von ihrer Dynamik und ihrem Entwicklungspotenzial verloren. Sie werde zentraler Anker für die Sicherheit unseres Landes bleiben. ■

Werner Baach, Oberst a.D. und Journalist, ist im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft für die Informationsarbeit verantwortlich. Oberst a.D. **Wolfgang Fett** war bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst im Januar 2008 Leiter des Presse- und Informationszentrums des Heeres, Koblenz.